

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Band: 47 (1997)

Heft: 4: Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg = La Suisse et la Seconde Guerre mondiale

Artikel: Demoskopie und Demokratie in der Nachkriegsschweiz : die "Volksumfrage 1946" der Neuen Helvetischen Gesellschaft als demokratische Herausforderung

Autor: Stettler, Niklaus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-81212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demoskopie und Demokratie in der Nachkriegsschweiz

*Die 'Volksumfrage 1946' der Neuen Helvetischen Gesellschaft
als demokratische Herausforderung¹*

Niklaus Stettler

Résumé

Le sondage lancé en 1946 par la Nouvelle société helvétique conjointement à un sondage représentatif ont été les premiers sondages d'opinion en Suisse. Ces deux projets traduisaient les efforts d'un influent groupe d'intellectuels, hommes politiques et dirigeants de l'économie protestants pour tenter d'infléchir la discussion en cours sur la révision de la Constitution fédérale. Parallèlement à cette consultation, un groupe de 300 personnalités s'engageait à repenser l'idée de la Suisse en défendant l'idée de l'unité du peuple (Volksganzen). Cette contribution montre que le sondage implique une conception pluraliste de l'Etat que contredit précisément le concept d'unité du peuple. C'est à partir de cette contradiction qu'il faut comprendre les réactions les plus vives rejetant les sondages qui ont culminé dans la tentative des autorités fédérales de les interdire. Ces réactions montrent explicitement que la démocratie suisse de l'après-guerre doit être comprise non pas comme un régime établi sur le droit des citoyens, mais sur le consensus politique entre les élites.

«Was jetzt, in der Übergangszeit vom Krieg zum Frieden, beschlossen und unternommen, vielleicht auch unterlassen wird, bestimmt zweifellos nicht nur die nächste Zeit, sondern, wie wir hoffen dürfen, unter Umständen aber fürchten müssen, einen sehr langen Zeitraum. Wer diese Richtung bestimmt, wer jetzt aktiv ist, das ist die Frage. Nur allzu genau sehen wir, dass heute nicht die staatserhaltenden Kräfte, sondern die Kräfte der Zer-

¹ Ich danke Frau E. Brunner-Gyr für ihre finanzielle Unterstützung, die diesen Aufsatz ermöglicht hat. Danken möchte ich auch dem Schweizerischen Wirtschaftsarchiv Basel, das mich beauftragte, den Nachlass von Andreas C. Brunner zu archivieren, und mir den Auftrag für diese Arbeit vermittelte.

setzung aktiv sind. (...) Diese Einsicht hat eine kleine Studentengruppe bewogen, sich die Frage zu überlegen, was sie jetzt für die Erhaltung unserer inneren Ordnung tun könne und tun müsse.»²

Mit diesen Worten leitete der 22 Jahre alte Student der Jurisprudenz, Andreas Brunner³, eine hektographierte Broschüre ein, die er im Sommer 1945 einem ausgewählten Kreis einflussreicher Politiker, Wirtschaftsführer und Militärs – unter ihnen Bundesrat von Steiger und General Guisan – zustellte. In dieser Broschüre präsentierte Brunner die Idee einer ‘Volksumfrage’, in der alle Bezügerinnen und Bezüger von Rationierungsmarken dazu motiviert werden sollten, ihre Wünsche für die Zukunft des Landes zu formulieren. Auf diese Weise wollte er die politische Apathie der Bevölkerung, die er zu erkennen glaubte, überwinden helfen. Gleichzeitig sollten einige verantwortungsbewusste Männer eine neue Bundesverfassung erarbeiten. Umfrageergebnisse und Verfassungsentwurf sollten schliesslich den fünfhundert seiner Ansicht nach wichtigsten Männern des Landes dazu dienen, in einer sogenannten ‘Elitediskussion’ die politischen Differenzen auszuräumen und einen neuen nationalen Konsens zu erarbeiten. Brunner war überzeugt, dass das Resultat dieser ‘Elitediskussion’ von der Bevölkerung dank dem neu erweckten politischen Interesse positiv aufgenommen würde und ihr als Vision für künftiges Handeln in der Nachkriegszeit dienen könnte.

Brunners Vorschlag hatte eine erstaunliche Wirkung. Die meisten Angeschriebenen luden den Studenten zu einem Gespräch ein, indem sie ihm nahelegten, von der Volksumfrage abzusehen. Schliesslich gelang es Brunner in zähen Verhandlungen, die Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) für sein Vorhaben zu gewinnen. Im Februar 1946 wurden 2,5 Millionen Fragebogen der ‘Volksumfrage 1946’ versandt. Zugleich führte das Institut Suisse de l’opinion publique (ISOP, Lausanne) eine Repräsentativumfrage durch. Die Resultate der beiden Erhebungen wurden zwei Jahre später in der Broschüre «Die Schweiz hält durch» in einer Auflage von 70 000 Exemplaren publiziert⁴.

2 Brunner, Andreas, Vorprojekt zur Volksumfrage, März 1945, SWA, Nachlass Andreas C. Brunner, HS 485 E5.

3 Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde Andreas Brunner in den 1960er und 70er Jahren. Durch Heirat mit Elisabeth Gyr, einer Erbin der Landis & Gyr in Zug, wurde er Teilhaber des Unternehmens, das er innovativ führte. Politisch machte er sich als freisinniger Nationalrat (1968–1975) und inoffizieller ‘Vater der beruflichen Vorsorge’ einen Namen. Ständerat Andreas Iten erinnerte sich an seinen Parteikollegen: «Andreas C. Brunner war (...) ein Rebell.» Mit der Volksumfrage hat er dies erstmals öffentlich kundgetan. Vgl.: Iten, Andreas, in: *Leichenreden Andreas C. Brunner*, 2. 5. 1923–22. 1. 1988.

4 *Die Schweiz hält durch*, hg. vom Verein Volksumfrage unter dem Patronat der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Redaktion: Werner Kägi, Zürich 1948. Gedruckt wurden 6000 deutsch-, 9000 französisch- und 1000 italienischsprachige Exemplare. Vgl.: Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers, 30. 3. 1949, SWA, HS 485 E11.

Mit den beiden Erhebungen etablierte sich ein neues Instrument im demokratischen Prozess. Nie zuvor waren in der Schweiz Männer und Frauen konsultativ zu politischen Themen befragt worden, nie zuvor war eine gesamtschweizerische Repräsentativbefragung durchgeführt worden. In zwei wesentlichen Punkten stiess die Demoskopie auf Ablehnung. Erstens fragten sich zahlreiche Kommentatoren, ob diese nicht die 'Einheit des Volksganzen' unterminiere, indem sie auf die Existenz von Gruppenmeinungen hinweise. Zweitens äusserten führende Politiker grundsätzliche Bedenken gegen eine Befragung des 'Volkes'. Bereits seit 1942 warnte der liberale Staatsrechtler Zaccaria Giacometti, dass die Schweiz zum «autoritären Staat mit totalitären Tendenzen» geworden sei⁵. Die offizielle Schweiz aber sträubte sich auch nach dem Wegfallen des äusseren Drucks gegen den Abbau des Notrechtsregimes, das die direktdemokratischen Instrumente ausser Kraft gesetzt und das Parlament auf eine Statistenrolle reduziert hatte. Nach dem Kriegsende liess sich das Diktat der dringlichen Bundesbeschlüsse kaum mehr legitimieren, doch eine Rückkehr zur Demokratie schien den meisten Politikern problematisch. So wurde die von Waadtländer Föderalisten lancierte Initiative «Für eine Rückkehr zur Demokratie» von allen grossen Parteien bekämpft und 1949 in der Volksabstimmung nur äusserst knapp angenommen. Mit der Volksumfrage stellte sich die auf theoretischer Ebene oft diskutierte Frage, welche Bedeutung in der Demokratie der öffentlichen Meinung zukommen sollte resp. mit welcher Autorität die Meinung der 'Elite' – wobei sich diese immer selbst zu einer solchen erhob – ausgestattet sein sollte, auch praktisch. Das 'Volk' schien eine Stimme zu erlangen.

So nahmen Politiker und Journalisten die Umfrage zum Anlass, ihr Demokratieverständnis zu formulieren, die Auseinandersetzung um die Volksumfrage wurde – fern ab von theoretischen Überlegungen – zur grundsätzlichen Diskussion über die Demokratie⁶. Diese soll hier anhand der Akten aus dem Nachlass des Geschäftsführers der Volksumfrage, Andreas Brunner, und der einschlägigen Handakten einiger Bundesräte analysiert werden. Brunners Sammlung der Zeitungsartikel und Leserbriefe erlaubt es darüber hinaus, die öffentliche Rezeption dieser Debatte nachzuzeichnen.

5 Giacometti, Zaccaria: «Die gegenwärtige Verfassungslage der Eidgenossenschaft», Vortrag, gehalten vor Studentenschaft der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, in: *Schweizerische Hochschulzeitung*, H 3, 1942, S. 139–154, S. 144.

6 Das prominente Interesse beschränkte sich allerdings auf die Lancierungsphase, in der es noch möglich schien, dass die Umfrage Unerwünschtes zu Tage fördern könnte: 1946 und 1948 hatte Brunner den Argus-Pressedienst beauftragt, die Artikel zur Volksumfrage zu sammeln. 1946 füllten sich so zwei Bundesordner, 1948 waren es noch ca. 50 Artikel. In wichtigen Zeitungen wurde die Publikation der Ergebnisse nicht rezipiert.

Trotz der offensichtlichen Bedeutung der demokratischen Frage kommt dieser in der Historiographie der Nachkriegszeit nur untergeordnete Bedeutung zu. Selbst die Auseinandersetzung um die erwähnte Initiative wurde bisher nicht aufgearbeitet. Immerhin wird die Demokratie in einigen jüngeren Arbeiten zum «trou de l'immédiat après-guerre» (Herbert Lüthy) als Randthema gestreift, wobei sich grosse Differenzen in der Beurteilung zeigen. Alle Arbeiten betonen die vorübergehend grossen innen- und aussenpolitischen Handlungsspielräume, die sich nach den ersten entscheidenden Niederlagen der deutschen Wehrmacht 1942/43 eröffneten und bis 1948/50 anhielten, jedoch vom Bundesrat kaum genutzt wurden⁷. Während das gesamtgesellschaftliche Klima von einer Aufbruchstimmung geprägt war, versuchte die offizielle Schweiz zu beruhigen, aufzuschieben – zu überleben. So mündeten die spärlich vorhandenen Ideen für die Nachkriegszeit in Stagnation⁸.

Mario König kommt in seiner Untersuchung zu den politischen Auswirkungen des Friedensschlusses in der Schweiz zum Schluss, dass die Politik des Bundesrates im Friedensjahr wesentlich bestimmt war von der Angst, dass sich eine Kluft zwischen Behörden und Bevölkerung öffnen könnte. Der Bundesrat fürchtete die eigene Bevölkerung, da diese die der Kollaboration Verdächtigten hätte zur Verantwortung ziehen können. Besonders betroffen von Rufen nach einem Rücktritt war Brunners bevorzugter Gesprächspartner, Bundesrat von Steiger⁹.

Ähnlich wie König streicht auch Peter Hug die Angst der Behörden vor dem 'Volk' heraus. Die Aussenpolitik der Nachkriegszeit untersuchend, weist er nach, dass der amtierende Aussenminister Petitpierre eine aktivere Politik nur in Allianz mit reformfreudigen Kräften in der Schweiz hätte durchsetzen können. Einer solchen Allianz standen jedoch sowohl weltanschauliche Differenzen, wie auch die Furcht, die Pluralität der

7 Insbesondere sei auf vier Publikationen hingewiesen, die mehrere Aufsätze zum Kriegsende und zu den ersten Nachkriegsjahren vereinen: Gysling, Erich; König, Mario; Ganz, Michael T.: *1945 – Die Schweiz im Friedensjahr*, Zürich 1995; *Traverse*, Beilage 1995/2; Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Romano, Gaetano (Hg.): *Konkordanz und Kalter Krieg, Analysen von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Zürich 1996; *Itinera*, Fasc. 18, «Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943–1950», hg. von Georg Kreis, Basel 1996.

8 Die Ideenlosigkeit betont: Lüthy, Herbert: «La Suisse des deux après-guerres», in: *Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft*, 35, 1964, S. 63–75, zit. in: Hässig, Claus: «Intellektuelles Vakuum oder Aufbruchstimmung», in: *Itinera*, a.a.O., S. 18–31, S. 18. Tschäni dagegen sieht eher die Blockaden gegenüber Neuem: Tschäni, Hans: «1945–1995: Die Schweiz 2000 erfinden», in: *Traverse*, 1995/2, a.a.O., S. 7–10.

9 König, Mario: «Befangenes Gedenken», in: *Bulletin der SAGW*, Nr. 1, 95, Bern 1995, S. 27–32. Wie sehr die Angst vor dieser Kluft zwischen Volk und Behörden sich im Bewusstsein festsetzen konnte, zeigt sich aktuell wieder in der Diskussion um die Rolle der Schweiz während dem Zweiten Weltkrieg. In seiner Rede vor dem Parlament vom 5. 3. 1997 warnte Bundesrat Koller eindringlich vor dieser. Vgl. *Basler Zeitung* vom 6. 3. 1997.

Schweiz akzeptieren zu müssen, entgegen¹⁰. Nicht viel anders stellte sich die Lage für von Steiger dar. Folgen wir dieser Interpretation, so stand einem aktiven Angehen der demokratischen Frage primär das Misstrauen gegenüber dem Volk entgegen.

Weniger das Verhältnis Bevölkerung–Behörden als die Rolle des Parlamentes betrachtend, kommt Georg Kreis zu anderen Ergebnissen. Er untersucht vorwiegend parteipolitisch-programmatische Äusserungen zur Frage der Demokratie und kommt zum Schluss, dass die Zugkraft des Antiparlamentarismus bereits 1941 nachliess. Von nun an wurden die parlamentarischen Spielregeln kaum mehr bestritten¹¹. Er sieht daher die demokratische Frage bereits vor Kriegsende grundsätzlich gelöst. Der Abbau des Notrechtsregimes ist in dieser Perspektive nicht viel mehr als eine notwendige formale Korrektur.

Ganz im Gegensatz zu König und Hug streichen Kurt Imhof und Heinz Kleger nicht die totalitären Tendenzen des politischen Systems der Nachkriegsschweiz, sondern den antitotalitären Diskurs der Parteipropaganda heraus. Sie weisen in ihrer Presseuntersuchung nach, dass die geistige Landesverteidigung bis 1948/50 auf einer «antitotalitären Gemeinschaftssemantik» fusste. Bis zum Beginn des kalten Krieges sei diese von einer Sammlung der Mitte geprägt gewesen. Imhof sieht allein bei der Katholischen Volkspartei Reste von antidemokratischen Positionen aus der Totalrevisionsdebatte der 1930er Jahre¹².

Die unterschiedlichen Interpretationen sind nicht zuletzt Ausdruck differenter Demokratieauffassungen der Autoren. Unbestritten dürfte jedoch Hugs Feststellung sein, wonach sich die offizielle Schweiz gegen die Erkenntnis sträubte, dass sich auch in der Schweiz eine pluralistische Gesellschaft etabliert hatte, in der verschiedene Positionen nebeneinander existierten¹³. Dieses Nichtakzeptieren der Pluralität war Teil des mehrheitlich vertretenen Demokratieverständnisses. Dieses soll nach einer Vorstellung

10 Hug, Peter: «Verhinderte oder verpasste Chancen? Die Schweiz und die Vereinten Nationen 1943–1947», in: *Itinera*, a.a.O., S. 84–97, S. 92. Aus bürgerlicher Sicht rechtfertigte sich das Misstrauen gegenüber den politischen 'Fähigkeiten' der Bevölkerung nicht zuletzt aufgrund des Wahlverhaltens. Die beeindruckenden Wahlerfolge der neuen PdA in Basel-Stadt und der Waadt 1944/45 schienen beredtes Zeugnis der mangelnden Urteilsfähigkeit des 'Volkes' abzulegen.

11 Kreis, Georg: «Parlamentarismus und Antiparlamentarismus in den Jahren 1933–1945», in: *Das Parlament – «Oberste Gewalt des Bundes»?*, Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft, Bern/Stuttgart 1991, S. 301–319, S. 318f.

12 Imhof, Kurt: «Die Schweiz im Kalten Krieg oder der 'Sonderfall' im Westblock», in: *Itinera*, a.a.O., S. 179–186, S. 181f.; ders.: «Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der 'Volksgemeinschaft' vor dem Krieg zum Streit über die 'Nachkriegsschweiz' im Krieg», in: Imhof, Kleger, Romano, a.a.O., S. 19–84, S. 74; Kleger, Heinz: «Die nationale Bürgergesellschaft im Krieg und Nachkrieg: 1943–1955», *ibid.*, S. 111–172, S. 135.

13 Hug, in *Itinera*, a.a.O., S. 92.

der Umfragen und Brunners «Gerechtigkeitsgruppe», in der die Idee zur Volksumfrage geboren wurde, untersucht werden.

Die Umfragen

Im Februar 1946 wurden im Namen der NHG über 2,5 Mio. Fragebogen an alle Haushaltungen versandt, um Männern und Frauen, Jugendlichen und Erwachsenen die Gelegenheit zu geben, sich an der 'Volksumfrage 1946' zu beteiligen. Im Zentrum stand die mit 50 Worten zu beantwortende Frage, was die Befragten «persönlich für die Zukunft des Landes als das Wichtigste» ansahen (= die 'offene Frage'). Darüber hinaus wurden Stellungnahmen zu Frauenstimmrecht, Wirtschaftspolitik, Föderalismus, Landesverteidigung, Neutralitätspolitik resp. UNO-Beitritt und zur Präambel der Bundesverfassung erfragt.

Parallel dazu liess die NHG vom ISOP in Lausanne eine Repräsentativumfrage durchführen, die 3000 repräsentativ ausgewählten Personen einen ähnlichen Fragekatalog unterbreitete. Auch hier wurden die Meinungen zu Frauenstimmrecht, Wirtschaftspolitik, Föderalismus und UNO-Beitritt erhoben. Zusätzlich stellte ISOP Fragen zu den industriellen Beziehungen resp. zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz.

Die beiden Umfragen unterschieden sich insbesondere in methodischer Hinsicht. Die NHG rechnete damit, dass rund eine halbe Million Personen den Fragebogen der Volksumfrage zurücksenden würde. Die Umfrage konnte somit die Meinungen der Bevölkerung nur mit systematischen Verzerrungen wiedergeben. Dies war jedoch für die NHG nicht von Belang, da sie nicht an Mehrheitsverhältnissen, sondern an den 'besten Antworten' interessiert war. Dagegen sollte die ISOP-Studie die öffentliche Meinung in ihren quantitativen Verhältnissen erforschen.

Aufgrund der mangelhaften Erhebungsmethode der Volksumfrage differieren die Ergebnisse der beiden Umfragen deutlich. So sprachen sich in der Volksumfrage 30,2% der antwortenden Frauen für ein volles Stimmrecht aus, in der Repräsentativumfrage jedoch nur 16,5%. Trotzdem gewichtete die NHG das Ergebnis der Volksumfrage stärker als dasjenige der ISOP-Studie. Dahinter stand ein Demokratieverständnis, das sich in Brunners Augen als besonders gerecht auszeichnete. Brunners Auffassung einer gerechten Demokratie war wesentlich geprägt von den Debatten, die in der sogenannten Gerechtigkeitsgruppe und ihren Vorläuferinnen, Oxfordbewegung und Gotthardbund, geführt wurden.

Die Gerechtigkeitsgruppe

Andreas Brunner versandte seine Broschüre für die Volksumfrage an zahlreiche führende Politiker – unter ihnen einige, die er aus der Gerechtigkeitsgruppe kannte. In dieser Gruppe trafen sich seit dem Sommer 1944 einflussreiche protestantische Männer: Wissenschaftler, Spitzenbeamte, Gewerkschaftsfunktionäre und Unternehmer, um politische Fragen zu diskutieren. Ausgangspunkt dieser Diskussionen, an denen sich u.a. die Präsidenten des VSM und des SMUV, Schindler und Ilg, sowie die beiden späteren Bundesräte Schaffner und Wahlen beteiligten, war das Buch 'Gerechtigkeit' des Theologen Emil Brunner, Andreas Brunners Vater¹⁴.

Mehrheitlich hatten sich die Mitglieder der Gerechtigkeitsgruppe bereits in den 1930er Jahren in der sog. Oxford-Gruppenbewegung kennengelernt, deren wichtigster schweizerische Repräsentant Emil Brunner war¹⁵. Die 1921 vom amerikanischen Pfarrer Frank Buchmann gegründete «Missionsbewegung» hatte sich zum Ziel gesetzt, den Massenatheismus in den USA und in Westeuropa zu bekämpfen. Vorwiegend junge Akademiker engagierten sich dabei und lernten hier in meditativen Gesprächen, sich der «Führung des Heiligen Geistes» zu unterwerfen. Diese «Lehre von der Führung» trat anstelle der Bibelexegese, wie sie in der Kirche gepflegt wurde. Die Oxforder waren überzeugt, dass das «synagogenhafte Bibelverständnis» der Kirche letztlich den «Totalstaat» hervorbringe¹⁶.

Zahlreiche Oxforder waren auch politisch aktiv. Der NSDAP nahe, bemühte sich Buchmann in Deutschland um eine «schmeichelnde Einfluss-

14 Brunner, Emil: *Gerechtigkeit*, Zürich 1943. In den mir vorliegenden Protokollen werden 1944–1946 als Mitglieder genannt: Friedrich Bernet (Sekretär des Zentralverbandes schweiz. Arbeitgeberorganisationen, später: Wirtschaftsberater und Redaktor), Karl Brunner (Prof. der Ökonomie, HSG), Emil Brunner (Prof. der Theologie, Uni Zürich), Theo Chopard (Journalist, FdP, Zentralvorstand NHG), Charles Ducommun (Preiskontrolle, Kriegsernährungsamt und SGB), Theodor Gut (Zürichseezeitung, Nationalrat FdP), Konrad Ilg (SMUV, Nationalrat SP), Werner Kägi (PD der Jurisprudenz, Uni Zürich), Rudolf Meier (Bauernpolitiker, Bund für Volk und Heimat, später: Nationalrat BGB und Zürcher Regierungsrat), Arnold Muggli (Chef Eidg. Rationierungsamt), Eberhard Reinhardt (Finanzsekretär, später: Direktor Eidg. Finanzverwaltung, Generaldirektor SKA), Hans Schaffner (Chef der Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, später: Bundesrat FdP), Hans Schindler (Maschinenfabrik Oerlikon; Präs. Verband Schweiz. Maschinenindustrieller), Friedrich T. Wahlen (Prof.; Vater der Anbauschlacht, später: Bundesrat BGB), H. Wanner (Aluminium Neuhausen) und Paul Zigerli (Bauingenieur, Nationalrat EVP); SWA, HS 485 A1. H.H. Brunner berichtet, dass zeitweise auch Arthur Steiner (SMUV / SGB), Christian Gasser (Bund der Subventionslosen, Gotthardbund, später: Chef der Mikron AG) u. Gottlieb Duttweiler (Migros) mitdiskutierten, Vgl.: Brunner, Hans Heinrich: *Mein Vater und sein Ältester*, Zürich 1986, S. 83.

15 Mit seinem Beitritt zur Gruppenbewegung vollzog Emil Brunner, der noch kurz zuvor Mitglied der Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer war, eine radikale politische Wende. Vgl.: Brassel, Ruedi, Leuenberger, Martin: *Willi Kobe, Pazifist, Sozialist und Pfarrer*, Luzern 1994, S. 55.

16 Brunner, Emil: *Die Kirchen, die Gruppenbewegung und die Kirche Jesu Christi*, Berlin 1936, S. 40. Dass diese Form der Suche des richtigen Weges nicht minder totalitäre Tendenzen aufwies, darauf wiesen reformierte Theologen hin. Besonders scharf kritisierte Karl Barth die Gruppenbewegung.

nahme auf Hitler». Brunner kritisierte diese Position, da er überzeugt war, dass die «Christianisierung der Politik» vom Einzelnen ausgehen müsse¹⁷. Auf diese Weise sollte «das neue Leben (...) im Verhältnis von Arbeitgeber und -nehmer, im politischen Leben der Stadt und des Landes, im Verhältnis zwischen den Parteien und sogar der Nationen untereinander Gestalt gewinnen»¹⁸. Um dies zu verwirklichen, beteiligten sich zahlreiche Oxforder 1940 an der Gründung des 'Gotthardbundes'. Dieser sollte ihnen zum Instrument werden, um die geistige Landesverteidigung mitzuprägen. Ihre versöhnliche Haltung – u.a. auch gegenüber den Nationalsozialisten – stiess bei anderen Widerstandsorganisationen jedoch oft auf Ablehnung¹⁹.

Nach der Kriegswende verlor der Gotthardbund an Gewicht. Nun fanden sich mehrere Oxforder in der Gerechtigkeitsgruppe zusammen, um die neue Bedrohungslage zu reflektieren. Sie fürchteten, dass mit der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands die Orientierungslosigkeit der Arbeiter sich verstärken könnte und die schweizerischen Kommunisten an Attraktivität gewinnen würden.

Ihrer Ansicht nach fusste die Orientierungskrise auf dem aufklärerischen «Dogma der Gleichheit». Seit der Französischen Revolution sei dem Einzelnen nur noch in der Armee möglich zu erkennen, welcher «Stand» ihm in der Gemeinschaft «kraft seiner geschöpflichen Gleichheit und Ungleichheit» zukomme. Gelingen ihm dies nicht, so werde er seiner Persönlichkeit beraubt. Dann würden alle das Gleiche anstreben, wodurch die individuellen Unterschiede eingeebnet würden. Diese «Vermassung» provoziere die Gefahr, soziale Auseinandersetzungen geradezu hervorzurufen²⁰.

Um einer solchen Dynamik vorzubeugen, wollten die Mitglieder der Gerechtigkeitsgruppe den Arbeitern in Betriebsgemeinschaften eine christliche Erziehung zukommen lassen, die ihnen wieder Orientierung vermitteln würde²¹. Zugleich strebten sie eine «Christianisierung der Poli-

17 Mews, Stuart: «Moralische Aufrüstung», in: Horst Balz et al.: *Theologische Realenzyklopädie*, Bd. XXIII, Berlin/New York 1994, S. 291–294. Brunners Kritik an Buchmanns Annäherung an die NSDAP ging jedoch nicht sehr weit. In seiner Verteidigungsschrift für die Gruppenbewegung – 1936 in Berlin erschienen – greift er öfter auf antisemitische Argumentationen zurück. Vgl.: Brunner: *Kirchen*, a.a.O.

18 Brunner: *Kirchen*, a.a.O., S. 29.

19 Die Studentengruppe des Gotthardbundes Zürich berichtete, dass Broschüren der Oxford-Bewegung in der Armee verwendet wurden. Archiv für Zeitgeschichte Zürich, Bestand Gotthardbund, Studentengruppe Zürich, V. 56,3.5. Zur Kritik an der Position der Oxforder vgl.: Meyer, Alice: *Anpassung oder Widerstand*, Frauenfeld, 1966, S. 189f.; Gasser, Christian: *Der Gotthard-Bund*, Bern/Stuttgart 1984, S. 28.

20 Brunner: *Gerechtigkeit*, a.a.O., S. 222f.

21 Protokoll der Gerechtigkeitsgruppe, 30. 9./1. 10. 1944; SWA, HS 485 A1. Hans Schindler, Direktor der Maschinenfabrik Oerlikon, berichtete von entsprechenden Erfolgen bei MFO. Wohl daher sah die Oxfordbewegung Schindlers MFO als 'Reich Gottes'. Vgl.: Brassel, Leuenberger, a.a.O., S. 122. Näheres zur 'Betriebsgemeinschaft' der MFO im Zeichen von 'Moralischer Aufrüstung'

tik» an. In Brunners Buch «Gerechtigkeit», das rasch zum Standardwerk des politischen Protestantismus wurde, fanden sie die dazu notwendige politische Ethik.

Obwohl sich die Mitglieder der Gerechtigkeitsgruppe in konkreten politischen Fragen oft nicht einig waren, teilten sie wichtige Grundüberzeugungen: Die Verurteilung der Aufklärung, die als Ursache der Zerstörung der gerechten Ordnung angesehen wurde, und den Glauben an eine göttliche Ordnung, in der jedem Menschen ein ihm vorbestimmter Platz zukomme. Überzeugt davon, dass diese Ordnung der Wunsch aller sei, wollten sie die organische Gesellschaft, die auf Autorität und Gehorsam fussen sollte, gemeinsam verwirklichen²².

Kritik an Notrechtsregime und Verfassung

Um diese Gesellschaft realisieren zu können, strebte die Gerechtigkeitsgruppe eine neue Verfassung an. Ihre Vorstellungen sind im Kontext einer breiten Diskussion um eine Totalrevision der Bundesverfassung zu verstehen, die – nach der Ablehnung einer entsprechenden Initiative 1935 – kurz vor Kriegsende wieder brisant war²³.

Wie Kreis nachgewiesen hat, hatte die Verfassungsdiskussion um 1941 neue Züge angenommen. Leiser wurden die Angriffe auf den Parlamentarismus; neu stand die Forderung, Verfassung und politische Realität in Einklang zu bringen, im Zentrum der Diskussion²⁴. Seit Nationalrat Oeri (LdP) 1943 einen «immer lauter werdenden Ruf nach mehr Gerechtigkeit und einer neuen Verfassung» zu konstatieren glaubte, erlangte die Totalrevisionsdebatte klarere Konturen²⁵. Vor dem Hintergrund einer weit verbreiteten Furcht vor den Kommunisten war diese nun zentriert um die Bereiche Wirtschafts- und Finanzrecht und den Willen, ein verbindliches, gestrafftes Grundgesetz zu etablieren. Die Jungliberalen, wie schon in den

und Rationalisierung in: Jaun, Rudolf: *Management und Arbeiterschaft*, Zürich 1986, S. 348–371.

22 Freiheit ist nur «das zweite Wort. Das erste Wort aber heisst Gehorsam» formulierte Emil Brunner: *Unser Glaube*, Zürich 1939, S. 77. Diese Wahrheit versuchte er auch in weiteren Zentren der Orientierung zu verkünden. An der Uni Zürich organisierte er zusammen mit Werner Kägi eine Folge von Diskussionsabenden für Studenten, die jedoch auf geringe Resonanz stiessen, vgl.: *Zürcher Student*, H.8, Jan. 1945. Auch Andreas Brunner engagierte sich mit Umsetzungsversuchen an Uni und ETH. Zusammen mit «rund 40 geistig regsamen Studenten» lancierte er eine Ringvorlesung unter dem Titel «Gespräch zwischen den Fakultäten; 'Ich kann nichts dafür', Freiheit, Verantwortung, Determinismus», in der nach gemeinsamen Grundsätzen 'hinter' den Disziplinen gesucht wurde. SWA, HS 485 C, und: Universitätsarchiv Zürich, 55.667, Studentisches.

23 Zur Verfassungsdiskussion der 30er Jahre, vgl.: Stadler, Peter: «Die Diskussion um eine Totalrevision der Schweiz. Bundesverfassung 1933–1935», in: *SZG*, Jg. 19, H. 1, 1969, S. 75–170.

24 Kreis, a.a.O., S. 319.

25 Albert Oeri in der Nationalratsdebatte zum Postulat Oeri für die Einführung eines Verfassungsrates, in: *Sten. Bulletin, Nationalrat*, 13./14. Dez. 1943, S. 307–323.

30er Jahren an vorderster Front der Revisionsbefürworter, nahmen nun Forderungen aus dem neuen Strukturreformprogramm der Sozialdemokraten in ihre Vorstösse auf, um so möglichen sozialen Auseinandersetzungen zuvorzukommen. Obwohl die Mutterpartei einiges Verständnis für diese Forderungen aufbrachte, unterstützte der Freisinn aus Furcht vor polarisierenden Debatten die Totalrevision nicht. 'Der Bund' wertete dies – gerade angesichts der bisherigen Unbestimmtheit bezüglich wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen – trotzdem als klaren Linkstrend²⁶. Diese Einschätzung teilten auch die Basler Sozialdemokraten, die im Mai 1946 einen jungliberalen Vorstoss für eine Standesinitiative für die Totalrevision guthiessen²⁷.

Die Mitglieder der Gerechtigkeitsgruppe versuchten den jungliberalen Reformvorschlägen ihre eigene, elitäre Demokratievorstellung entgegenzusetzen. Erstmals diskutierte die Gruppe die Verfassungsfrage im Februar 1945. Andreas Brunner, der an der Zusammenkunft als Aktuar teilnahm, berichtete später, dass ihn ein Votum Arnold Mugglis, des Chefs der Sektion für Rationierungswesen des Eidg. Kriegsernährungsamtes, zur Lancierung der Volksumfrage motiviert habe. Im Protokoll gab er Mugglis Votum wie folgt wieder: «Es fehlt (der schweizerischen Politik, N.S.) weitgehend eine einheitliche Doktrin und die grundsätzliche Linie (...) wodurch jedes strategische Ziel aus den Augen verloren wird. (...) Es ist die Forderung aufzustellen: Taktik in der Strategie. Es fragt sich, ob der Verwirklichung dieser Forderung nicht eine falsche staatliche Struktur im Wege steht. (...) Der Bundesrat ist (...) nur Verwalter der 'AG Schweiz', was eine Unsicherheit in seiner Tätigkeit herbeigeführt hat (...). Da wir eine wirkliche Regierung und ein wirklich richtunggebendes Parlament nötig haben, sollte die Verfassung so umgebaut werden, dass die Regierung handlungsfähig und das Parlament richtunggebend werden.»²⁸

Ergänzend protokollierte Brunner die Befürchtung seines Vaters, dass das 'Volk' «allmählich durch fremdes Gedankengut infiziert werde», wenn es nicht gelinge, das vorhandene Unbewusste, den «spezifisch schweizerischen Grundsatzfonds», zu mobilisieren. Staatsrechtler Werner Kägi zitierte er mit den Worten: «Gerade jetzt, da Massenpolitik betrieben wird, (...), ist es erwünscht, das Kapital unbewusster Grundsätze zu mobilisieren gegen die gefährliche unschweizerische Auffassung, Demokratie

26 Zur freisinnigen Verfassungsdiskussion vgl.: *Der Bund*, Bern, 26., 28. und 31. Juli 1946.

27 Der Basler Grosse Rat verband mit seiner Standesinitiative u.a. auch Forderungen zum Ausbau der direkten Demokratie: das Frauenstimmrecht, die Gesetzesinitiative und die Aufhebung der konfessionellen Ausnahmebestimmungen. Vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Initiativbegehren des Kantons Basel-Stadt betr. die Totalrevision der Bundesverfassung vom 27. Nov. 1959.

28 Protokoll der Gerechtigkeitsgruppe, Februar 1945, a.a.O.

sei mit Macht der Mehrheit gleichbedeutend. Damit muss die Anerkennung einer Elite verbunden sein (...)»

Für den jungen Andreas Brunner kontrastierten diese Vorstellungen positiv zu dem düsteren Bild, das er sich von der Nachkriegsschweiz machte. Er war überzeugt, dass der Schweiz eine tiefe wirtschaftliche und geistige Nachkriegskrise bevorstehe, die nur abgewendet werden könne, wenn «nicht die egoistischen Ziele des Einzelnen, sondern die Bedürfnisse der Gemeinschaft (...) für das Handeln jedes Einzelnen in dieser Gemeinschaft wegleitend» würden. Dies erfordere jedoch Selbstbeschränkung, die der einfache Bürger kaum werde aufbringen können²⁹.

Bereits sah er das 'Volk' in Auflösung begriffen. In Folge einer tiefen Orientierungskrise schien ihm die Bevölkerung in politischer Apathie zu verharren, die die Demokratie unterhöhle. Zugleich habe die junge Generation das Verlangen nach einer neuen Vision, die ihr zur Zeit nur die Kommunisten anbieten würden³⁰. Das bevorstehende Ende der Pressezensur schien ihm die Orientierungskrise und damit die Anfälligkeit für kommunistische Visionen und Vermassung noch zu befördern, denn dann werde es möglich sein alles – Wesentliches und Unwesentliches – zu publizieren, während die beurteilende Instanz fehle³¹. Und schliesslich zeigte er sich überzeugt, dass die Nationalräte mit ihrer Unfähigkeit, problemlösende Debatten zu führen, die Politik diskreditierten. So drohte die eidgenössische Solidarität mit dem Ende der Kriegsgefahr zwischen der Apathie des Volkes und dem Kampf der Parteien unterzugehen. «Was uns während des Krieges von aussen gedroht hat, droht uns nun von innen», folgerte er³². Die Bedrohungen, die Brunner ortete, waren gängige Argumentationsmuster in der neu entfachten Debatte um eine Totalrevision der Bundesverfassung. In hohem Masse decken sich seine Einschätzungen mit denjenigen der Katholisch-Konservativen, die nun den «Untergang des Abendlandes» beschworen³³.

So bewegte sich die von Kreis beschriebene Wende in der Verfassungsdiskussion innerhalb autoritärer Demokratievorstellungen. Werner Kägi – für Kreis ein wichtiger Vertreter der neuen Diskussion – forderte nicht nur

29 Brunner, Andreas: *Studie für das Rationierungsamt über die Möglichkeiten der Aufhebung der Rationierung*, 1943, S. 60; SWA, HS 485 B1.

30 Zu Berichten der Heer und Haus-Korrespondenten über die Orientierungskrise vgl.: Lassere, André: *Schweiz: Die dunkeln Jahre, Öffentliche Meinung 1939–1945*, Zürich 1992, S. 218ff. und 420ff. Der Topos von der Jugend, die nach einer neuen Identität sucht, war gängige Begründung für eine Verfassungsrevision. Vgl. z.B. die Nationalratsdebatte zum Postulat Oeri 1943, a.a.O.

31 Brunner, Andreas: «Vorbereitungsarbeiten für eine Verfassungsreform», Beilage zu: Brunner: *Schlussbericht*, SWA, HS 485 E10.

32 Brunner, Andreas: *Referat Pro Helvetia*, 1945, SWA, HS 485 E4.

33 Imhof, Kurt: «Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz», in: Imhof, Kleger, Romano, a.a.O., S. 173–248, S. 184ff.

die Rückkehr zur Verfassung, sondern verwahrte sich zugleich vehement gegen das 'unschweizerische Mehrheitsprinzip'. Ähnlich ist auch Mugglis Wunsch nach einer handlungsfähigen Regierung – geäußert zu einem Zeitpunkt, in dem wohl die Handlungsbereitschaft, nicht jedoch die Handlungsfähigkeit des Bundesrates eingeschränkt und das Parlament längst in eine Statistenrolle zurückgedrängt war – als Neuauflage des alten Antiparlamentarismus zu verstehen. Hier schloss die Kritik des Notrechtsregimes die bestehende Verfassung mit ein und war nur schwerlich mit demokratischen Prinzipien zu vereinbaren. Wie sehr diese Vertreter einer Rückkehr zur Verfassung – gerade in ihrer Forderung nach demokratischen Verfahren – autoritären Vorstellungen anhängen, soll im folgenden Abschnitt gezeigt werden.

Der Kritik an Notrechtsregime und Parlamentarismus lag als Gegenentwurf die Vorstellung eines 'Rates der Weisen' zugrunde, der über allen Parteienstreitigkeiten stehen sollte. Die Mitglieder der Gerechtigkeitsgruppe gingen von einer «Einheit des Volksganzen» aus, die ihren politischen Ausdruck in interessefreien Idealen finden sollte³⁴. Die «Majorzdoctrin», wie Brassel dieses Konzept nennt, versteht das 'Volk' als ein Abstraktum mit eigenem Willen, der von den Politikern realisiert werden sollte. Damit werden reale Machtverhältnisse und Interessenkonflikte ausgeblendet. Einen Pluralismus der Meinungen kann es nur solange geben, wie der richtige Weg zur Realisierung des Volkswillens noch nicht gefunden ist. Entsprechend eng sind die Grenzen der möglichen Meinungen. Trotz seines antiliberalen Gehaltes hatte das Konzept im schweizerischen Freisinn eine lange Tradition³⁵.

Auf dieser Tradition aufbauend wollte die Gerechtigkeitsgruppe eine neue Verfassung lancieren. Doch sie begnügte sich nicht damit, dem Parlament eine neue Rolle zuzudenken. Ihrer Ansicht nach musste der Staat grundsätzlich neu fundiert werden, denn falsch schien es ihnen, dass das Grundgesetz allein die Beziehung Individuum–Staat festlegte. Richtiger sollte das Individuum als Teil von Gemeinschaften verstanden werden und die Verfassung die Funktionen von «Mensch – Bürger – Familie – Kirche – Schule – Berufsverband – politischer Partei – Armee – Gemeinde – Kan-

34 Die Rede von persönlicher Qualität und interessenloser Politik war ein weit verbreiteter Topos in der schweiz. Politik – und auch oft geäußertes Wunsch in der Volksumfrage. So forderte z.B. der Gotthardbund einen kleineren, majorz-gewählten Nationalrat: Gotthardbund: *Eidgenössische Ordnung*, Bern 1941, S. 41; aus ähnlichen Gründen setzte sich Albert Oeri für einen Verfassungsrat ein, der allein «auf Grund von Eignung und Interesse für staatsrechtliche Fragen» zusammengesetzt werden sollte, in: *Basler Nachrichten*, 26. Juni 1942.

35 Brassel, Ruedi: *Dissonanzen der Moderne*, Zürich 1994, S. 188ff.

ton und Bund» umschreiben³⁶. Ein solcher Staat – aufgebaut aus Gemeinschaften – sollte frei vom Einfluss von Partikularinteressen und inkompetenten Stimmbürgern sein. Basierend auf einem weitgehenden Subsidiaritätsprinzip hätten ganze Politikbereiche an ausserstaatliche, entpolitisierte Organisationen abgetreten werden sollen³⁷. In Anlehnung an ständestaatliche Konzepte aus den 30er Jahren sollte z.B. die Wirtschaftspolitik einem aus Berufsgemeinschaften konstituierten Wirtschaftsrat übertragen werden³⁸.

Die Mitglieder der Gerechtigkeitsgruppe propagierten ihr Staatsverständnis öffentlich, was kaum Reaktionen auslöste. Lediglich in der 'National-Zeitung' warnte Adolf Gasser, dass die Ansichten Brunners in gefährliche Nähe zum antidemokratischen Denken Gonzaque de Reynolds kämen³⁹. Doch Gasser blieb mit seiner demokratischen Empörung allein. Trotzdem verzichteten die Mitglieder der Gerechtigkeitsgruppe noch auf konkrete Vorstösse für eine Verfassungsrevision. Auch Kägi – der offensivste unter ihnen – relativierte seine Verfassungskritik, indem er betonte, dass es «nicht um eine Reform von Paragraphen (gehe). Der Kampf um die Erneuerung der Grundordnung unseres Gemeinschaftsdaseins ist zuerst und vor allem eine erzieherische Aufgabe»⁴⁰. Die Verfassung als Orientierungshilfe für das 'Volk' blieb Fernziel im Kampf um die geistige Einheit, in der Relativismus gegenüber den unverbrüchlichen Werten keinen Platz haben durfte. In seinem jugendlichen Enthusiasmus begnügte sich Andreas Brunner damit nicht. Er suchte nach Wegen, die Revision zu verwirklichen, und entschied sich für ein Mittel, das seinem Ziel letztlich widersprach.

36 Brunner, Andreas: *Exposé-Entwurf über die Verfassungsrevision*, 1945, SWA, HS 485 E2,2.

37 Zu Brunners Konzept der «Pluralität der Letztinstanzen» vgl.: Brunner, Andreas: *Rechtsstaat gegen Totalstaat*, rechtspolit. Teil, Diss Zürich, Wädenswil 1948. Insbes. die Altersvorsorge wollte die Gerechtigkeitsgruppe nicht verstaatlicht sehen. Vgl.: Degen, Bernard: *Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei?*, Zürich 1993, S. 60, und: Luchsinger, Christine: *Solidarität, Selbständigkeit, Bedürftigkeit*, Zürich 1995, S. 38f. Für W. Kägi war die AHV noch 1947 «Symptom für das Versagen», vgl.: Protokoll der Gerechtigkeitsgruppe, 21. 6. 1947, a.a.O.

38 Vgl. dazu auch: Gotthardbund, *Ordnung*, a.a.O., S. 27f. Gängig wurden unter dem Begriff der Berufsgemeinschaft die Wirtschaftsverbände gefasst, also auch die Gewerkschaften – dies in Abgrenzung zum korporativ verstandenen Begriff der Betriebsgemeinschaft. In der Gerechtigkeitsgruppe setzte sich allerdings ein Verständnis des Begriffs durch, das eher gewerblich/genossenschaftlich orientiert war. Zentriert auf Kleinbetriebe umfasste die Berufsgemeinschaft die Gemeinschaft des Betriebs, im Grossbetrieb konnten auch kooperative Gewerkschaften bzw. Arbeiterkommissionen eingeschlossen sein. Für Ducommun waren Berufsgemeinschaften in erster Linie Mittel zur Überwindung der Orientierungskrise der Arbeiterinnen und Arbeiter, vgl.: Ducommun, Referat vom 22. 1. 1941, Archiv für Zeitgeschichte, Studentengruppe, a.a.O. V. 56,3,5, 1941–1943.

39 Gasser, Adolf: «Föderalismus und Demokratie – zwei Gegensätze?», in: *NZ*, Basel, 27./28. 5. 1944.

40 Kägi, Werner: «Exposé zur Verfassungsrevision», 27. 10. 1945, SWA, HS 485 E6, S. 17.

Volksumfrage

Brunner wollte gegen drohende Vermassung, lähmenden Fatalismus und Politisierung aller Lebensbereiche ankämpfen. Dies schien ihm dringlich, um den Einfluss der linksextremen Kräfte zurückzudrängen. Daher arbeitete er mit einer Gruppe Studenten seinen Plan zur Erhaltung der inneren Ordnung aus. Demnach sollten in zwei Phasen der 'Elitearbeit' eine neue Verfassung entstehen, die den «schweizerischen Grundsatzfonds» zum Ausdruck bringen und eine Art «politischen Katechismus» darstellen könnte.

Der Volksumfrage kam dabei die Aufgabe zu, die Bevölkerung aus ihrer Apathie zu reissen. Dies erschien den Studenten als zwingende Voraussetzung für eine günstige Aufnahme des Verfassungsentwurfes. Sie waren davon überzeugt, dass es einen einheitlichen Volkswillen gibt. Sobald dieser formuliert und auch als solcher erkannt wäre, könnten ihrer Ansicht nach die Parteienstreitigkeiten überwunden werden. Daher riefen sie aus: «Aber wer weiss denn wirklich, was das Volk will? Wer hat das Volk danach gefragt? Niemand. Darum stellen wir Euch allen, dem ganzen Volk, heute die Frage: Was will das Volk?» Dies sollte in einer «Volksumfrage auf grösster Basis, wie sie in ähnlicher Weise in den USA durch das Gallup-Institut durchgeführt werden», erkundet werden⁴¹. Wenn sich die Befragten an die Losung «Zusammenarbeit – trotz verschiedenen Meinungen!»⁴² hielten, hatte sie die Chance, dass ihre Antwort der Verfassungsgruppe vorgelegt wurde. Allerdings sollten nur die besten (höchstens 3%) berücksichtigt werden, die anderen galt es allenfalls statistisch auszuwerten.

Noch während sich das 'Volk' auf das Wichtigste für die Schweiz besinnen würde, sollte eine Verfassungsgruppe den politischen Katechismus erarbeiten. Dies sollte eine kleine Gruppe schöpferisch denkender Persönlichkeiten (z.B. die Gerechtigkeitsgruppe) sein, die unabhängig von offiziellem Auftrag und öffentlichem Druck bleiben musste. Nachdem diese den Katechismus fertiggestellt haben würde, sollte sie einige Antworten aus der Umfrage in den Text einfügen⁴³.

Anschliessend war eine zweiten Phase der 'Elitearbeit' vorgesehen. Nun sollte der Entwurf einer Art Vernehmlassung unterzogen werden. Im ersten Aufrufentwurf zur Volksumfrage wurde dies wie folgt umschrieben: «Wir alle wollen uns sozusagen an einen Tisch setzen, um in diesem Buche festzuhalten: Was will das Volk?»⁴⁴ Allerdings beschränkte sich

41 Brunner: *Vorbereitungsarbeiten*, a.a.O.

42 Aufrufentwurf zur Volksumfrage, 1945, SWA, HS 485 E5.

43 Plan zuhanden von BR von Steiger, 1945, Beilage zu Brunner: *Schlussbericht*, a.a.O.

44 Aufrufentwurf, a.a.O.

dieses «wir alle» auf 500 (später 300) Personen, die die Studenten als die wichtigsten Persönlichkeiten der Schweiz – eben die ‘Elite’ – erkannten. In kleinen, politisch gemischten Arbeitsgruppen hätten sich diese mit dem Katechismus auseinandersetzen⁴⁵. Oberstes Ziel war es, Einigkeit zu erlangen. Dazu mussten die Ausgewählten – ähnlich dem Aktivdienst – zu Klausurtagungen verpflichtet werden können. Nachdem die Fünfhundert überzeugt waren, sollten sie in ihren Organisationen die Formierung einer Gegnerschaft verhindern.

Finanziert werden sollte die Aktion durch den Verkauf des Katechismus. Bereits im Herbst 1945 hatten der SMUV und einige grössere Unternehmen die Abnahme von 50000 Exemplaren zugesichert: Sie wollten das geplante Buch an Mitglieder bzw. Mitarbeiter abgeben. Zahlreiche weitere Subskriptionen wurden im Laufe der Umfrage erwartet. Die Überzeugungsarbeit der involvierten ‘Elitemitglieder’ schien die Akzeptanz des Katechismus zu garantieren. Auf grosses Interesse würde dieser auch stossen, weil das ‘Volk’ darin den eigenen Beitrag suchen würde. Während der Umfrage mit einer zentralen Lebensfrage konfrontiert, könnten die Befragten nun die richtige Antwort lesen. So versprach die Aktion zu einem ernsthaften Beitrag gegen die Vermassung zu werden.

Doch Brunners Gespräche mit einflussreichen Persönlichkeiten verliefen ernüchternd. Lediglich die geplante ‘Elitearbeit’ stiess auf ein positives Echo. So wünschte beispielsweise der General «einen unerschütterlichen Block aller national gesinnten Kräfte, womöglich unter Einschluss der loyalen Sozialdemokraten, gegen die vom Ausland inspirierte und gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Zersetzungsarbeit der Kommunisten (zu) bilden»⁴⁶.

Doch die öffentliche Verfassungsdiskussion, und damit die Volksumfrage, blieb für die meisten Gesprächspartner unakzeptabel. Bundesrat von Steiger riet dringend, vom Plan abzusehen. Brunners Wunschpartnerin, die Pro Helvetia, lehnte es ab, das Patronat zu übernehmen, und ebensowenig gelang es, die Umfrage als offizielle Nachfolgeaktion der Sektion Heer und Haus zu etablieren⁴⁷.

Um die Unterstützung der NHG zu erlangen, musste Brunner schliesslich zusichern, dass er die Umfrage allein als Mittel zur «Sensibilisierung des Volkes für die nationalen Aufgaben und zur Abwehr ausländischer Propaganda» dargestellt werde. Dennoch blieb die Verfassungsrevision

45 Brunner: *Vorprojekt*, a.a.O.

46 Protokoll einer Besprechung von H.-U. Rübel und A. Brunner mit General H. Guisan, 8. 8. 1945, verfasst von A. Brunner; Beilage zu Brunner, *Schlussbericht*, a.a.O.

47 Aktennotiz über Konferenz vom 6. 11. 1945 betr. Weiterführung der Tätigkeit der Sektion ‘H&H’ in der Nachkriegszeit. in: BAR, E 27 Nr. 9315. s.a.: Brunner: *Referat Pro Helvetia*, a.a.O., und Korrespondenz mit Ernst Laur, August 1945; Beilage zu Brunner: *Schlussbericht*, a.a.O.

Ziel der NHG-Kommission für die Volksumfrage, in der die Gerechtigkeitsgruppenmitglieder die Mehrheit stellten⁴⁸. Diese – im folgenden die Initianten genannt – gaben die Idee, die Volksumfrage zur Popularisierung einer neuen Verfassung zu nutzen, erst aufgrund des für sie enttäuschend geringen Rücklaufs der Fragebogen auf⁴⁹.

Gleichzeitig überarbeitete die NHG-Kommission den Plan für die Volksumfrage. Die Kommissionsmitglieder waren überzeugt, dass die Frage nach dem «Wichtigsten für die Zukunft des Landes» die Befragten überfordern würde. Um trotzdem alle zum Nachdenken zu animieren, stellten sie dieser die sechs 'einfacheren' Fragen nach Frauenstimmrecht und Landesverteidigung, nach Föderalismus, Wirtschafts- und Neutralitätspolitik, sowie nach der Präambel der Bundesverfassung voran.

Doch so unbedeutend diese sechs Einstiegsfragen ursprünglich gedacht waren, so wichtig sollten sie bald werden. In der Hoffnung, schon durch das Vorlegen der Fragen einen ersten erzieherischen Effekt zu erzielen, formulierten die Initianten diese so, dass jedermann und jedefrau leicht die richtige Antwort finden konnte. Zusammen mit einigen bürgerlichen Politikern, die – wie sie selbst – überzeugt waren, dass sie die interessefreie politische Wahrheit vertreten, fragten sie u.a.: «Befürworten sie eine weitgehende Verstaatlichung der Wirtschaft, (...)?» und: «Soll die Selbständigkeit der Kantone weiter eingeschränkt werden?» Allein, zahlreiche Sozialdemokraten mochten diese politischen Wahrheiten nicht teilen. Die suggestiven Formulierungen verärgerten SP-Bundesrat Nobs so sehr, dass er der Aktion, der «die politisch und volkswirtschaftlich reaktionären Absichten (...) an die Stirn geschrieben» stünden, die bereits zugesagte Unterstützung entzog⁵⁰. Damit schien die sozialdemokratische Beteiligung – und der Sinn der 'Elitearbeit' – gefährdet. Konrad Ilg machte darauf aufmerksam, dass er selbst den Verlust nicht aufzuwiegen vermöge, da er in Gewerkschaftsbund und Partei isoliert sei⁵¹. Trotzdem bemühten sich die Initianten nicht um weitere sozialdemokratische Unterstützung und lehnten selbst das Angebot von SPS-Präsident Oprecht ab, die Fragen umzuformulieren⁵².

48 Namentlich waren dies: Ilg, Kägi, Muggli, Schaffner und Reinhardt. Mehrmals anwesend war auch René Lalive d'Épinay, der ehemalige Welschland-Verantwortliche von Heer und Haus und Direktor des ISOP. Brunner: *Schlussbericht*, a.a.O.

49 Protokoll vom 24. Aug. 1946, Beilage zu Brunner: *Schlussbericht*, a.a.O.. Brunner selbst sah den geringen Rücklauf als Chance für den Verfassungsentwurf. Offiziell wurde der Verzicht im Februar 1947: Brief von Brunner an von Steiger, 11. 2. 1947; BAR, JPD, 4001 (C) 235, Nr. 494.

50 Brief von Nobs an Brunner, 28. 12. 1945; Beilage zu Brunner: *Schlussbericht*, a.a.O.

51 Brief von Ilg an Brunner, 3. 12. 1946, SWA, HS 485 E9. S.a. Scheiben, Oskar: «Konrad Ilgs Weg nach rechts», in: *Widerspruch-Sonderband, Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos*, Zürich 1987, S. 31–36.

52 «Im Ganzen sind wir über die Haltung von Herrn NR Oprecht überrascht, glauben aber seine positive Haltung nicht seiner persönlichen Einstellung zur Volksumfrage zuschreiben zu dürfen, son-

Wider Erwarten stiess das Projekt auch in der Delegiertenversammlung der NHG auf Widerstand. Neben den Formulierungen geriet hier die Erhebungsmethode selbst ins Schussfeld der Kritik, da diese es nicht erlaube, die öffentliche Meinung zu ermitteln. Dies nun war ein Einwand, der den Initianten gänzlich fremd war und ihnen lediglich als stures Festhalten an der «Gallup-Methode» erschien⁵³. Nie hatten sie sich für die Ermittlung der öffentlichen Meinung interessiert, sondern verstanden die Volksumfrage immer nur als Mittel, um die politische Wahrheit, die sich im Laufe der 'Elitearbeit' herauskristallisieren sollte, zu verbreiten. Dagegen weckte die Idee einer Umfrage bei den Kritikern die Erwartung, dass hier nach politischen Einstellungen gefragt werde – und die Umfrage auch Mehrheitsverhältnisse aufzeigen müsse. Sie konnten daher die bewusste Nichtbeachtung methodischer Sorgfalt durch die Initianten nur als Missachtung des Volkswillens und politisches Manöver interpretieren.

Um die Kritik der NHG-Delegierten zu entkräften, erklärten sich die Initianten schliesslich bereit, die strittigen Fragen neu zu formulieren und parallel zur Volksumfrage bei ISOP eine Repräsentativumfrage in Auftrag zu geben, die aussagekräftigere Daten liefern würde⁵⁴. Doch im Streit um die Methoden äusserte sich eine Differenz über die Funktion von Umfragen und die Bedeutung der öffentlichen Meinung in der Demokratie, die mit der Zusicherung der Parallelumfrage nicht ausgeräumt werden konnte. Auf der einen Seite stand ein liberales Staatsverständnis, das die Demokratie als Mittel zur Realisierung von Individualrechten auffasste und damit von einer Pluralität von Interessen und Meinungen ausging. In diesem Verständnis war es für die Kompromissfindung relevant, dass die Mehrheitsverhältnisse erfasst werden konnten. Dem stand das Demokratieverständnis der Initianten gegenüber, die die Demokratie als Verfahren auffassten, um die 'richtigen Positionen' zu ermitteln. In diesem Prozess waren die Mehrheitsverhältnisse nur insofern relevant, als sie die Durchsetzung der politischen Wahrheit behindern oder befördern konnten. Daher interessierte an der Umfrage weniger, was die Befragten äusserten, als wie sie es zum Ausdruck brachten. Dies allein konnte für das weitere Vorgehen zur Durchsetzung des politischen Katechismus bestimmend sein. Aufgrund dieser Prämisse konnten die Initianten keine methodischen Korrekturen an der Volksumfrage akzeptieren.

dem allein dem Umstand, dass wir die Durchführung der Volksumfrage als Selbstverständlichkeit hingestellt haben und er zugeben muss, dass er die spontane Reaktion des Volkes nicht abschätzen kann, dass er vor allem nichts gegen die Tatsache der bereits vorliegenden 70 000 (sic!) Bestellungen machen kann.» Brief von Brunner an Kobelt, 29. 12. 1945, BAR E 27, Nr. 9316. Oprecht unterstützte die Umfrage später nicht.

53 Protokoll vom 16. 12. 1945, Beilage zu Brunner: *Schlussbericht*, a.a.O.

54 Brunner: *Schlussbericht*, a.a.O.

Meinungsforschung

Der Streit in der Delegiertenversammlung der NHG entzündete sich am Begriff 'Gallup-Untersuchung'. Offensichtlich ohne genauer über die Tätigkeit des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts von George Gallup informiert zu sein, berief sich Brunner auf dieses, obwohl er keine Repräsentativumfrage durchführen wollte. Noch war die Meinungsforschung in der Schweiz weitgehend unbekannt. Selbst im schmalen Kreise Informierter, für die der Begriff 'Gallup-Untersuchung', wie die Repräsentativumfragen genannt wurden, eine Art Fachbegriff war, herrschte Unsicherheit über die Methoden der Demoskopie⁵⁵. In der Öffentlichkeit stand der Begriff in erster Linie für 'amerikanisch'. So verbanden sich mit den Umfragen die Faszination, die von den USA ausging, und die verbreitete Ablehnung des Amerikanischen, sprich Ausländischen⁵⁶.

Kritiker wie Protagonisten der Demoskopie waren überzeugt, dass die grossen Erfolge der amerikanischen Meinungsforschung allein aufgrund fortgeschrittener 'Vermassung' zustande kommen konnten. Nur weil dort die Individualwerte nichts mehr zählen würden und jeder denke wie der andere, sei es möglich, Meinungen statistisch zu erheben. Die vielfältige und kleinräumige Schweiz schien dagegen kaum in Zahlen fassbar, da mit Umfragen «Kantönligeist, Rivalität zwischen Städten» oder die «Eigenarten jeder Ortschaft, jedes Tales» nicht erfasst werden könnten⁵⁷. Demoskopie-Gegner befürchteten gar, dass die Zusammenfassung verschiedener Meinungen in Kategorien Rückwirkungen auf die Gesellschaft haben könnten, indem Gruppenidentitäten und 'Vermassung' befördert würden.

Noch war diese Gefahr abzuwenden, denn auch die Protagonisten der Demoskopie waren sich nicht einig, welche Bedeutung sie der öffentlichen Meinung zuschreiben wollten. Vorläufig suchten sie lediglich nach Informationen, um sich in der Nachkriegszeit orientieren zu können. In der offenen Situation der Nachkriegszeit glaubten viele an einen möglichen Aufbruch. Für andere war die Zeit geprägt von Unsicherheit. Wenn Heer- und Haus-Informanten über die Verunsicherung der Bevölkerung berichteten, wenn Politiker sich vor den Volksrechten fürchteten oder wenn Unternehmer die Marktchancen ihrer Produkte in der Nachkriegszeit nicht einschätzen konnten, so war dies auch eine Folge der nur spärlich vorhandenen Informationen.

Hier schien die Markt- und Meinungsforschung geeignet, den Informa-

55 Wohlgensinger, August: *Die öffentliche Meinung über Steuern und Finanzpolitik in der Schweiz*, Diss. Freiburg 1953, S. 13.

56 König, Mario: «Alltag und Politik im Mai 1945 und danach», in: Gysling, König, Ganz, a.a.O., S. 86–131, S. 123ff.

57 *Die Tat*, 13. 8. 1943; ähnlich auch: Weidmann, E., in: *Büro und Verkauf*, H 5, Feb 1943, S. 4f.

tionshunger zu befriedigen. Die ersten Institutionen, die sich in der Schweiz mit der Demoskopie auseinandersetzten, entstanden denn auch bereits 1941, als nach der Niederlage Frankreichs und dem Abbruch des Luftkrieges um England die Hoffnung bestand, dass der Krieg beendet werden könnte. Die Unsicherheit, wie sich die Zukunft in einem von Deutschland dominierten Europa gestalten könnte, war gross. Gleich mehrere Institute schickten sich daher an, die Demoskopie als Orientierungshilfe zu propagieren. Mit ISOP und der Gesellschaft für Marktforschung (GfM) entstanden zwei kommerzielle Markt- und Meinungsforschungsinstitute, die sich noch bis 1945 darauf konzentrierten, die Befragungsmethoden und die Bedeutung zusätzlichen Wissens öffentlich bekannt zu machen⁵⁸. Gleichzeitig lancierten ein W. Jantsch in Basel und der Gotthardbund in Zürich erste Erhebungen. Das Scheitern dieser ersten Umfragen macht deutlich, wie schwierig sich der Versuch gestaltete, die Demoskopie mit dem Mythos der Einheit des Volksganzen in Einklang zu bringen.

1. In der Gründungsversammlung der GfM betonte der Präsident Peter Kaufmann die Bedeutung der Meinungsforschung zur Überwindung der Unsicherheit über die Nachkriegszeit⁵⁹. Regelmässig organisierte sein Institut Tagungen, die diese These konkretisierten. Mehrmals sprach hier der Soziologe René König über die Dynamik von Absatzmärkten, die dank der Marktforschung besser verstanden werden könnte⁶⁰. Obwohl das Rationierungsamt keine wissenschaftliche Meinungsforschung betrieb, war auch Arnold Muggli ein gern gesehener Referent, der aus der Praxis berichten konnte. Muggli zeigte auf, dass das Rationierungsamt die Wünsche der Bevölkerung nicht nur erfassen, sondern angesichts der knappen Ressourcen auch beeinflussen müsse⁶¹. Damit war das zentrale Problem der Demoskopie während dem Krieg angesprochen: Es galt Meinungsforschung und Meinungsbeeinflussung zu verbinden. Dies versuchte auch Heer und Haus.

2. 1941 meldete sich bei Heer und Haus der Motorfahrer Jantsch, der in Basel bereits einige Umfragen durchgeführt hatte. Jantsch wollte ein Meinungsforschungsinstitut gründen, das er in den Dienst der Armee zu stellen wünschte. Bis anhin war Heer und Haus davon ausgegangen, dass Ermittlung und Beeinflussung der 'Volksmeinung' in einem vor sich gehen könne. Daher erschrakten die Heer-und-Haus-Offiziere, als Jantsch die

58 Schnyder von Wartensee, Robert: *Die öffentliche Meinung als Element der staatlichen Willensbildung in der Demokratie*, Diss. Bern, Affoltern 1946, S. 132.

59 NZZ, Zürich, 27. 5. 1941.

60 König, René: *Zur Sozialpsychologie der modischen Strömungen*, GfM, Zürich 1944; ders.: *Das Problem der Nachahmung – ihre Wirkung im Aufbau des Konsums*, GfM, Zürich 1945.

61 Muggli, Arnold: *Rationierung und Marktforschung*, GfM, Zürich 1943.

ersten Umfrageergebnisse vorlegte. Denn dieser berichtete von einer erstaunlich geringen Kampfbereitschaft der Armeeangehörigen. Der Verdacht lag nahe, dass Jantsch die Meinungsäusserungen provoziert hatte. Umgehend erstattete der zuständige Heer-und-Haus-Offizier dem Nachrichtendienst Bericht: «Ganz abgesehen von der prinzipiellen Frage der Errichtung einer Gallup-Organisation scheint es mir interessant festzustellen, an wen Jantsch die Frage betreffend dem Kampfwillen gestellt hat. (...) Im übrigen bin ich der Auffassung, dass derartige Fragen überhaupt nicht gestellt werden dürften.» Immerhin empfahl er, «sich einmal Unterlagen zu den Methoden zu beschaffen»⁶². Daraufhin wurden Jantsch und die Befragten überprüft. Um die Verbreitung solch gefährlicher Informationen künftig zu unterbinden, erliess der Nachrichtendienst ein generelles Publikationsverbot für Umfrageergebnisse. Zugleich nahm er aber geheime Verhandlungen mit dem nun der Spionage verdächtigten Jantsch auf, um die Methoden fruchtbar in die eigenen Dienste nehmen zu können.

Heer und Haus dagegen zog es vor, weiterhin mit Vertrauensleuten zu arbeiten, die die Meinungen auch beeinflussen konnten. Allein der spätere ISOP-Direktor René Lalive d'Épinay erhielt die Gelegenheit, unter Kursmitgliedern kleinere Umfragen durchzuführen. Aus Rücksicht auf die Befragten hielt er die Fragen bewusst offen und verzichtete darauf, die Befragten sozialen Gruppen zuzuteilen. Die eigens entwickelte Umfragemethode konnte «das dem Schweizer widerliche Gefühl einer Inquisition» vermeiden⁶³. Sie erlaubte es «zu erkennen, auf welchen Gebieten aufgeklärt werden müsse», gab aber keinen Aufschluss über Gruppenmeinungen⁶⁴.

3. Im gleichen Jahr begann die Zürcher Sektion des Gotthardbundes mit dem Aufbau einer Zentrale für Meinungsforschung. Dies schien nötig, da «man aus den Zeitungen heute kein klares Bild mehr von der öffentlichen Meinung erhält»⁶⁵. Auch sie bemühte sich darum, die Demoskopie den spezifisch schweizerischen Verhältnissen anzupassen. Eine erste Umfrage

62 Brief von Hptm Ernst an stv Chef Abt Nachrichtendienst Oberst Müller, 14. 8. 1941, BAR, E 27/9057. Allerdings waren die Umfrageergebnisse nicht überraschend. Ähnliches hatte Ernst von Schenk im Auftrag des ersten Büros der Abteilung für Presse und Rundfunk im Sommer 1940 in wöchentlichen Berichten über die Haltung der Bevölkerung festgehalten. Diese basierten auf einer äusserst schmalen Befragung. Da die APF fürchtete, dass die Berichte den Widerstandswillen beeinträchtigen könnten, wurden die Befragungen bald eingestellt. Die bereits verfassten Berichte wurden unter Verschluss gehalten. BAR, EDI 51/52.

63 Schnyder von Wartensee, a.a.O., S. 125f.; vgl. auch: Lassere, a.a.O., S. 58f.

64 Schnyder von Wartensee, a.a.O., S. 137. Ähnlich begründet sich wahrscheinlich der Verzicht des Schweizer Radios auf eine geplante Hörerbefragung kurz nachdem die Radio-Direktorenkonferenz beschlossen hatte, dass die Beachtung der Staatsraison wichtiger sei als die Hörerwünsche. Vgl.: Halter-Schmid, Ruth: *Schweizer Radio 1939–1945*, Bern/Stuttgart 1980, S. 155f. und 187.

65 Protokoll der ausserordentl. Landsgemeinde der Zürcher Sektion des Gotthardbundes, 14. 3. 1941, Archiv für Zeitgeschichte, Zürich, Bestand Gotthardbund, Landsgemeinden, V 56,3.3.: 1940/1941.

über die Situation der Arbeiterschaft «in sozialer, wirtschaftlicher, politischer und weltanschaulich-religiöser Hinsicht» scheiterte eben daran.

Erst kurz zuvor hatte die spätere Gründerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Elisabeth Noelle, eine erste umfassende deutschsprachige Darstellung der Demoskopie publiziert. Sie wollte den «Unterschied zwischen Quantitätsmeinung und Qualitätsmeinung lebendig (...) erhalten» und warnte davor, «Winkeladvokaten und Portierfrauen» zu befragen⁶⁶. Ähnlich sah nun der Gotthardbund – ganz im Gegensatz zum Erfinder der Meinungsforschung, George Gallup – den Erfolg eines Interviews weniger von der Vertrauenswürdigkeit des Befragers als des Befragten abhängen⁶⁷. Daher sollten letztere gezielt ausgewählt werden. Im konkreten Fall waren Arbeiterinnen und Arbeiter gefragt, die die Sorgen repräsentativ in Worte fassen konnten. Da die als Interviewer vorgesehenen Studenten kaum Arbeiter kannten, konnten sie die Idealarbeiter nicht finden. So scheiterte die Umfrage bevor sie angelaufen war⁶⁸.

Sowohl Heer und Haus als auch der Gotthardbund versuchten, die «Individualwerte» aufrechtzuhalten. Bei Heer und Haus bedeutete dies den Verzicht auf die Zuordnung der Befragten zu einer Gruppe und somit auf einen soziologischen Blick auf die Schweiz. Der Gotthardbund dagegen suchte zu verhindern, dass ‘die Stimme der Portierfrau’ ein ungehörliches Gewicht erlangen konnte. Zur Erforschung der öffentlichen Meinung taugten beide nicht. Mit der Volksumfrage suchten die Initianten nach einer Alternative, die das Selbstbild der Schweiz nicht in Frage stellen sollte. Doch auch ihre Lösung stiess auf Widerstand.

Unzulässiger Pluralismus

Nicht wie geplant zusammen mit den Rationierungsmarken, sondern mit der Post erhielten alle Haushaltungen im Februar 1946 einen Fragebogen und einen moderat formulierten Aufruf für die Volksumfrage⁶⁹. Die strittigen Fragen waren nun neutral formuliert: «Soll der staatliche Einfluss auf die Wirtschaft (abgesehen von der Kriegswirtschaft) verstärkt oder abgebaut werden oder gleichbleiben?» und: «Soll die Abhängigkeit der Kan-

66 Noelle, Elisabeth: «Amerikanische Massenbefragung über Politik und Presse», Berlin 1940, zit. in: Klinger, Gerwin: «Das wahre Wesen der Geführten – Zwei demoskopische Projekte des NS-Staates», in: *KultuRRevolution*, Nr. 29, März 1994, S. 65–69, S. 66.

67 Gallup, George: *A guide to public opinion polls*, Princeton 1944, S. 45f.

68 Protokolle der Studentengruppe des Gotthardbundes vom 27. Mai und 24. Juni 1941, Archiv für Zeitgeschichte, Studentengruppe, a.a.O., V 56,3.3.: 1940/1941.

69 Um der Umfrage keinen offiziellen Charakter zu verleihen, hatte Bundesrat Kobelt sich gegen die Verteilung der Bogen mit den Rationierungsmarken ausgesprochen. Korrespondenz Brunner-Kobelt, Dez. 1945 – Jan. 1946, BAR E 27, Nr. 9316.

tone vom Bund (grundsätzlich) verstärkt oder vermindert werden oder gleichbleiben?»⁷⁰

In der Presse stiess die Volksumfrage auf ein geteiltes Echo. Anfänglich waren die Reaktionen mehrheitlich positiv. Wider Erwarten würdigten sozialdemokratische Organe den erzieherischen Aspekt der Umfrage. Bald erhoben sich aber – auch von bürgerlicher Seite – Stimmen, die zum Boykott der Aktion aufriefen. Die Umfrage polarisierte quer zu den üblichen politischen Trennlinien.

Unverständlich war den Initianten die harsche Kritik von Christen und Frauenrechtsorganisationen, die sie doch eigentlich unterstützen wollten. Stellvertretend für viele wünschte Bundesrat Kobelt die Streichung der Frage zur Präambel der Bundesverfassung, da sie «sich für mich nicht (stellt) und ich möchte sie deshalb auch nicht stellen»⁷¹. Er befürchtete, dass sich zeigen könnte, dass die Präambel mehrheitlich, doch nicht einstimmig befürwortet wird.

Problematisch erschien die Auswahl der gestellten Fragen, für den Bundesrat noch wesentlich problematischer war aber, dass hier eine private Organisation – ohne sein Zutun – Themen auf die politische Traktandenliste setzte. Dies war ihm Grund genug, in letzter Minute zu versuchen, das Unternehmen zu verhindern. Bundesrat Petitpierre protestierte dagegen, «dass unsere Bevölkerung aufgefordert wird, ihre Ansicht (zum UNO-Beitritt, NS) zu äussern, während gleichzeitig der Bundesrat noch nicht die einzuschlagende Richtung festgelegt hat, (...) und die öffentliche Meinung nicht genügend unterrichtet ist»⁷². Der Einbezug einer breiten Öffentlichkeit in den politischen Prozess drohte seine Entscheidungskompetenz einzuschränken. So erschien dem Bundesrat die Befragung der Bevölkerung als 'Politik von der Strasse', vor der er beinahe panische Angst hatte⁷³.

Die Initianten hatten versucht, mit ihren Fragen die Politik des Bundesrates zu stärken. Sie gingen davon aus, dass die Umfrage deutlich machen würde, wie stark diese in der Bevölkerung verankert ist. Das vorgeschlagene Auswertungsverfahren, das nur die besten Antworten berücksichtigte, und ein spezieller Aufruf an Akademiker, sich an der Umfrage zu beteiligen, sollten garantieren, dass die Quote der auszuwertenden Ant-

70 Umfragebogen zur Volksumfrage 1946.

71 Kobelt an Brunner, Jan. 1946, BAR E 27, Nr. 9316. Aus ähnlichen Gründen riefen verschiedene Zeitungen zum Boykott auf, so z.B. die *Rheintalische Volkszeitung* aus Altstätten am 16. 3. 1946.

72 Brief von Petitpierre an Brunner, 19. 2. 1945, Beilage zu Brunner, *Schlussbericht*, a.a.O.

73 König: *Gedenken*, a.a.O.; Im März 1946 wollte auch der Schweiz. Friedensrat eine Umfrage zum UNO-Beitritt lancieren. Dieses Projekt konnte Petitpierre schliesslich verhindern, vgl.: Hug, Peter: «Wer abseits steht, ist immer im Unrecht», in: Rengel, Katharina (Hg.): *Hoffen heisst Handeln, Friedensarbeit in der Schweiz seit 1945*, Zürich 1995, S. 39–55, S. 50f.

worten ausgeschöpft war, lange bevor das 'Volk' eine Sprache finden konnte. So sollte der 'Elitearbeit' eine 'Eliteumfrage' vorangestellt und die öffentliche Meinung von einer 'Elite' der Qualität repräsentiert werden.

In der Öffentlichkeit wurde die Umfrage jedoch anders aufgenommen. Eine Leserbriefschreiberin erläuterte ihr Verständnis in der NZZ: «Unser ganzes Quartier wurde heute freudig überrascht durch den Aufruf 'Fragen an das Schweizervolk'. Ohne dass ein grosser Abstimmungskampf vorangegangen ist, werden wir aufgefordert, uns über eine Reihe von Fragen auszusprechen, wie sie bei einer wichtigen Verfassungsabstimmung nicht deutlicher und gewichtiger zur Entscheidung gebracht werden können.»⁷⁴ Sie hatte nicht begriffen, dass sie eigentlich gar nicht befragt werden sollte, und glaubte, dass ihre Stimme nun erstmals neben diejenige anderer Bürgerinnen und Bürger gestellt würde.

Genau davor fürchteten sich Politiker und politische Kommentatoren. Sie, die bis anhin die veröffentlichte Meinung als Volkswillen ausgeben konnten, wurden über die Umfrage zu normalen Bürgern, deren Meinung nur gefragt war, wenn sie sich als besonders wertvoll erwies. Ohne es in dieser deutlichen Form beabsichtigt zu haben, sprachen die Initianten einer Bildungselite das Wort, die allein aufgrund der Qualität der Antworten ermittelt werden sollte. Insbesondere Redaktoren kleinerer Zeitungen sahen darin einen Angriff auf ihre bisherige Stellung als Sprachrohr der öffentlichen Meinung.

Brisanter noch als die Auswertung der 'offenen Frage' war diejenige der sechs einfachen Fragen. Da für die Umfrage kein Abstimmungskampf vorgesehen war, gingen die Politiker hier ihrer Funktion als Vermittler politischer Ideen verlustig. Letztlich war damit ihre Stellung als Repräsentanten des 'Volkes' in Frage gestellt.

Zahlreiche Kommentatoren in Regionalzeitungen und katholisch-konservativen Medien versuchten, die Sache wieder auf die Füße zu stellen, indem sie den 'Abstimmungskampf' nachholten. Sie lieferten in ihren Artikeln die Antworten zur Umfrage gleich mit. Unvorstellbar war für sie, dass sich die Befragten ohne ihre vermittelnde Hilfe eine Meinung bilden könnten. Diese Überzeugung teilten sie mit den Initianten. Strittig war allein, ob die richtigen Antworten bereits vor, oder erst nach der Umfrage unter das 'Volk' gebracht werden sollten.

Mit den sechs Fragen war ein Element in die Umfrage gekommen, das die Stellung verschiedener politischer Strömungen und die Legitimation der 'Elite' zu unterhöhlen drohte. Brunner aber bemühte sich, die zu er-

⁷⁴ NZZ, Zürich, 23. 2. 1946.

wartenden Ergebnisse in ihrer Bedeutung zu relativieren. So antwortete er den Frauenrechtsorganisationen, die in der Umfrage eine Neuauflage der von ihnen bekämpften Probeabstimmungen sahen und das zu erwartende schlechte Resultat fürchteten: «Bei einer 'Probeabstimmung' könnten die Stimmen nur gezählt werden, bei der Volksumfrage werden sie 'gewogen'. (...) Es wird nicht nur auf die 'Mehrheiten' ankommen, sondern ebenso wichtig wird die Feststellung sein, wer welcher Ansicht ist (...)»⁷⁵ Explizit wandte er sich gegen das Mehrheitsprinzip, das er als Prinzip der Gleichschaltung bezeichnete, und postulierte ein gerechteres Prinzip der qualitativen Voten. Wie er dieses Prinzip realisieren wollte, konnte er allerdings nicht erläutern. Die Volksumfrage bot keinerlei Handhabe zur Gewichtung der Antworten auf die sechs einleitenden Fragen, die nur mit ja oder nein beantwortet werden konnten.

Brunners Versprechen, die Antworten zu gewichten kam seinen Kritikern entgegen, und sogar in den Leserbriefspalten finden sich zahlreiche Äusserungen, die den Wunsch zum Ausdruck brachten, dass jemand die richtigen, schweizerischen Antworten formulieren möge. Noch einmal schien es zu gelingen, die Rede vom einigen Willen des Volkes, der über allem Parteienstreit stünde, durchzusetzen. Doch die Umfrage warf die Frage nach der Rolle des Volkes unübersehbar auf. Wer sollte nun diesen Volkswillen repräsentieren? Wie waren die Antworten mit dem Prinzip der gewichteten Voten zu vereinbaren? Unvermeidbar war, dass die Umfrage zumindest die Möglichkeit einer Meinungspluralität akzeptierte. Dies aber widersprach der Vorstellung des 'ideellen Gesamtbürgers' (Ruedi Brassel) und damit dem gängigen Demokratieverständnis.

Erst im Zuge der Auswertung der eingegangenen 52 262 Antworten wurden sich die Initianten bewusst, dass dies die Konsequenz ihrer Aktion war. Enttäuscht vom geringen Rücklauf und vom ersten Entwurf des Katechismus begannen die NHG-Vertreter in der Initiantengruppe am ursprünglichen Plan zu zweifeln, diesen unabhängig von den Antworten zu formulieren. Ein Votant kritisierte den vorliegenden Entwurf: «Es ist 'Emil Brunner'; das Volk erwartet aber etwas anderes, und mit Recht.» Und NHG-Präsident Michaud ergänzte: «Malgré tout nous avons fait une Consultation populaire, tout doit vraiment partir de la consultation, donc travailler avec les meilleures réponses.»⁷⁶

Die Volksumfrage stellte also das gängige Demokratieverständnis in Frage, indem sie unabhängig von den politischen Behörden Themen lan-

⁷⁵ Brunner, Andreas, in: *Schweizer Frauenblatt*, Winterthur, 8. 3. 1946. Ein Boykottaufruf findet sich z.B. in: Inserat der Internat. Frauenliga für Friede und Freiheit, Sektion Zürich, in: *Die Frau in Leben und Arbeit*, Aarau, April 1946.

⁷⁶ Protokoll vom 24. 8. 1946. Beilage zu Brunner, *Schlussbericht*, a.a.O.

cierte, indem sie eine 'Elite' der Qualität postulierte, ohne die bisherigen Meinungsmacher dieser zuzuschlagen, indem sie das 'Volk' befragte, bevor dieses belehrt war, und schliesslich indem sie implizit die Existenz einer Meinungspluralität akzeptierte. Darüber hinaus überschritt sie ein wesentliches Tabu des Landeigentes: Erstmals wurde es möglich, Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und geäusserten Meinungen zu erkennen.

In der Schweiz, so legte es der Mythos der klassenlosen, solidarischen Gemeinschaft nahe, war jede Eigenschaft, jede Vorliebe und jede Meinung in je spezifischer Verteilung über das Land gestreut. 1942 hatte der Direktor der GfM betont, dass «die öffentliche Meinung nicht ein gestaltloses Gebilde ist, sondern sich in Gruppenmeinungen, Gruppeneinstellungen, Gruppenhaltungen gliedert, die ihrerseits Ausdruck sind eines oft deutlich abgrenzbaren Gruppenlebens»⁷⁷. In dieser abstrakten Form, erregten Kaufmanns Äusserungen kaum Anstoss. Widerspruch provozierten diese jedoch, sobald die Gruppen in operationalisierbarer Form benannt werden sollten. Die Anwendung soziologischer Kategorien wie die Höhe des Einkommens, die Stellung im Beruf oder politische Einflussmöglichkeiten zur Ermittlung der Gruppen implizierte eine analytische Auflösung der kleinen Einheiten im Föderalismus. Empfindlich reagierten Politiker und Presse, wenn auf diese Weise auf deutlich abgrenzbare Gruppen z.B. innerhalb von Dorfgemeinschaften hingewiesen wurde⁷⁸. Noch in den 50er Jahren konnte der Protagonist der Marktforschung, Adolf Wirz, daher sein Anliegen nicht vertreten, ohne zuvor zu betonen, dass sich die Demoskopie besser für Gesellschaften eigne, in denen «eine gläserne Wand (...) die Sozialklassen (trenne), und man (...) hüben und drüben herzlich wenig voneinander» wisse⁷⁹.

Die Volksumfrage hatte das erklärte Ziel, die Einheit der Schweiz zu stabilisieren. Trotzdem legte sie die Grundlagen, um diese Schweiz in Gruppen zu scheiden, wenn sie die Antwortenden dazu aufforderte, sich selbst sozial zu verorten. Die quantitative Auswertung der Umfragebogen musste zu Tage fördern, dass Arbeiter und Angestellte andere wirtschafts-

77 Kaufmann, Peter: *Wie das Gallup-Institut die öffentliche Meinung ermittelt*, Thalwil 1942, S. 38.

78 Beispielhaft für die Abwehr des Wissens um die soziale Schichtung ist die Verhinderung der Soziologie an der Uni Zürich in den späten 40er Jahren. Dem international anerkannten Soziologen und GfM-Referenten René König wurde die Überschreitung dieser Grenze zum Verhängnis, womit er sich als «wenig vertraut mit schweizerischen Verhältnissen» erwiesen habe. Aus Skepsis gegen dieses Wissen wurde er aus Zürich geekelt und auf die Einrichtung des geplanten Lehrstuhls für Soziologie verzichtet. Namentlich die theologische Fakultät – in der Emil Brunner massgeblich mitzubestimmen hatte – sprach sich gegen die Sozialforschung aus. Vgl.: Zürcher, Markus: *Unterbrochene Tradition, Die Anfänge der Soziologie in der Schweiz*, Zürich 1995, S. 239–285.

79 Wirz, Adolf: *Durch Marktforschung besser verkaufen*, Zürich 1953, S. 79.

politische Meinungen vertraten als Direktoren oder Betriebsinhaber. So schien die Umfrage Einheiten (z.B. eines Dorfes, eines Tales) aufzulösen zugunsten von Gruppenidentitäten, die sich nach der Stellung im Beruf konstituierten. Mit einem Mal schien es auch in der Schweiz nachweisbare «Sozialklassen» und verschiedene Meinungen zu geben, die nebeneinander bestehen konnten. Damit bestand zumindest die Möglichkeit, dass sich zeigen könnte, dass die Äusserungen der politischen Repräsentanten nicht mit dem übereinstimmen könnten, was die Mehrheit dachte.

Der drohende Vorwurf, die Demoskopie gefährde die Einheit der Schweiz, behinderte die Arbeit für die beiden Umfragen beträchtlich. Während die Initianten der Volksumfrage mit ihrer Zusicherung, die qualitative Auswertung der Ergebnisse höher zu bewerten als die qualitative, einen Weg zur Umgehung des Vorwurfs gefunden zu haben schienen, kam ISOP nicht darum herum, eine soziale Schichtung zu akzeptieren. Erst dies ermöglicht die Erstellung eines Modells, aufgrund dessen die zu Befragenden ausgewählt werden können. Immerhin bemühte sich das Institut mit grossem verbalem Aufwand die notwendigen sozialen Differenzierungen nicht als Ausdruck von Klassenschranken erscheinen zu lassen. Trotzdem mussten die Interviewpartner aufgrund einer Einschätzung ihrer sozialen Lage ausgewählt werden. So zeitigte denn das aufwendige Bemühen um die Erhaltung des einheitlichen Volksganzen wenig Erfolg⁸⁰. Unübersehbar wurde damit, dass auch in der Schweiz in unterschiedlichen soziale Gruppen Unterschiedliches gedacht wurde. Die Konstruktion von Schranken zwischen den Schichten schien die Einheit der Schweiz tatsächlich zu gefährden.

Liberal wider Willen

Zwei Jahre nach der Lancierung der Umfragen wurden ihre Ergebnisse in der Broschüre «Die Schweiz hält durch» publiziert. Diese enthielt keinen Verfassungsentwurf, doch immerhin Werner Kägis Version des schweizerischen Grundsatzfonds. Die Presse nahm die Broschüre als «ehrenwertes und gut schweizerisches Gedankengut» zur Kenntnis – und legte sie bald beiseite⁸¹. Als Katechismus diente sie allenfalls dem Schweizerischen Aufklärungsdienst, der sie als Programm nutzte⁸².

Wenn «Die Schweiz hält durch» trotz der enormen Auflage kaum rezipiert wurde, so in erster Linie, weil das Buch nicht mehr in die politische

80 Im Schlussbericht wies ISOP nochmals auf die Problematik der Erstellung eines Modells für die föderalistische Schweiz hin: ISOP-Schlussbericht, in: BAR, JPD, 1941–1951, 4001 (C) 235, Nr. 494; vgl. auch: Schnyder von Wartensee, a.a.O., S. 113.

81 NZZ, Zürich, 16. 8. 1948.

82 Perrig, Igor: *Geistige Landesverteidigung im kalten Krieg*, Brig 1993, S. 151f.

Landschaft passte. Die befürchtete Nachkriegskrise war nicht eingetreten. Mittels «Säuberungen» war es gelungen, einzelne Sympathisanten des Nationalsozialismus zur Rechenschaft zu ziehen, ohne die Kollaboration der offiziellen Schweiz zu thematisieren. Inzwischen war die Lebensmittelrationierung weitgehend aufgehoben worden, und nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei hatte auch der Niedergang der PdA eingesetzt. Mit einer Jubiläumsfeier wurde das hundertjährige Bestehen der Bundesverfassung begangen – es war wieder politische Ruhe eingekehrt. So hatte das Projekt einer Umgestaltung des schweizerischen Staatswesens kaum noch Anhänger.

Auch inhaltlich hielt die Broschüre keine Überraschungen bereit. Wie zu erwarten war, sprachen sich in der Volksumfrage rund 95% der Teilnehmenden für die Landesverteidigung, für die Neutralitätspolitik und für die Präambel «Im Namen Gottes des Allmächtigen» aus. Mehr als die Hälfte befürworteten den Fortbestand der aktuellen föderalistischen Verhältnisse. Dass sich nur knapp ein Viertel der Frauen resp. der Männer für das volle Frauenstimmrecht aussprachen, erstaunte ebenfalls niemanden.

Die wenigen Zeitungen, die den Umfragen längere Artikel widmeten, konzentrierten sich daher meist auf die Unterschiede zwischen den beiden Erhebungen⁸³. Besonders deutlich waren diese – wie erwähnt – in der Frage des Frauenstimmrechts und bezüglich der künftigen Wirtschaftspolitik:

«Soll der staatliche Einfluss auf die Wirtschaft (abgesehen von der Kriegswirtschaft) verstärkt oder abgebaut werden oder gleichbleiben?»

	eher stärken	belassen	vermindern	ohne Meinung
Volksumfrage	10,9	32,9	56,2	–
ISOP	15,2	30,6	19,6	34,6

ISOP erklärte diese Differenz mit der geringen Beteiligung der Arbeiterschaft an der Volksumfrage. Die Presse aber sah darin weniger den Ausdruck divergierender Gruppenmeinungen, als einen Qualitätsunterschied zwischen den Umfragen: die Volksumfrage schien einfach weniger seriös zu sein. Noch mochten die Kommentatoren nicht auf die sozial bedingten Meinungsunterschiede hinweisen. Damit schien die Volksumfrage zu einer unbedeutenden Episode zu werden. Bereits tat das ehemalige Mitglied der Studentengruppe, Ernst Bieri, diese in der NZZ als Ausdruck des

83 Vgl. z.B.: *NZN*, Zürich, 10. 7. 1948.

«unverkennbaren Nachkriegs-Malaises» ab, das längst durch «das Bollwerk eines konservativ gesinnten Volkes» überwunden sei⁸⁴.

Doch diese Interpretation greift zu kurz. Wohl traf es zu, dass Brunners Versuch, die Einheit des Volksganzen zu erhalten, nun, da die Ideologie der geistigen Landesverteidigung konservativ gefestigt war, obsolet geworden war⁸⁵. Allerdings, die Volksumfrage kann nicht auf das Ziel, das sie verfolgte, reduziert werden. In seinem jugendlichen Enthusiasmus hatte Brunner sich mit der Demoskopie für ein Mittel entschieden, das einem anderen Gesellschaftsverständnis verpflichtet war. Die Umfrageergebnisse, wie sie in «Die Schweiz hält durch» publiziert wurden, wiesen nach, dass sich auch in der Schweiz eine pluralistische Gesellschaft etabliert hatte. Da die veröffentlichte Meinung aber in bedeutenden Fragen mit der öffentlichen Meinung übereinstimmte, war es trotz allem möglich, die Ergebnisse als Ausdruck einer stabilen Einheit zu interpretieren. Kägi – und mit ihm die meisten Rezensenten – bevorzugten diese Lesart. So schien Brunners 'Elite' die Bevölkerung gut zu repräsentieren. Die Demokratie konnte weiterhin als Prozess der Kompromissfindung zwischen verschiedenen 'Elitemeinungen' aufgefasst werden. Auf dieser Ebene war es zwar eine Regelverletzung, dass mit der Volksumfrage Schweizerinnen und Schweizer befragt wurden, bevor sie belehrt waren, doch Auswirkungen hatte diese kaum.

Wesentlich grösser waren die Auswirkungen auf der Ebene des Demokratieverständnisses – und als Streit um dieses sind die anfänglich heftig geführten Kontroversen zu verstehen. Wohl blieb auch in dieser Debatte ein formales Demokratieverständnis dominant. Solange Freiheit und relative Autonomie der Gemeinwesen garantiert blieb, solange die Art der Entscheidungsprozesse nicht in Frage gestellt wurde, schien die Demokratie intakt zu sein. Demgegenüber implizierte die unabhängige Befragung aller Männer und Frauen auch ein individuelles Grundrecht der Meinungsäusserung. Die Datenerhebung schloss die Möglichkeit ein, dass verschiedene soziale Gruppen unterschiedliche politische Prioritäten setzten. Indem die Umfragen es ermöglichten, dass Brüche in der Einheit des Volksganzen als Ausdruck der sozialen Lage interpretiert werden konnten, gaben sie auch denjenigen Stimmen, die sich im üblichen politischen Ver-

84 *NZZ*, Zürich, 16. 8. 1948.

85 Zur Neuorientierung der geistigen Landesverteidigung s. Imhof: *Wiedergeburt*, a.a.O., S. 180f. Erst kürzlich wurde die Idee wieder aufgenommen. Im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 1998 schlug 'Rencontres Suisses' – eine staatsbürgerliche Vereinigung, die 1946 unter Beteiligung einiger Protagonisten der Volksumfrage gegründet worden war – vor, eine grössere Zahl moralisch und geistig ausgezeichneter Persönlichkeiten mit der Ausarbeitung einer «Charta» der Schweiz zu beauftragen, die Grundlage einer neuen nationalen Identität und Verfassung sein könnte. Vgl. *BaZ*, 31. 7. 1993; *NZZ*, 31. 1. 1994.

fahren nicht repräsentiert fühlen konnten, einen Ort und damit ernstzunehmendes Gewicht. So wurde mit der Volksumfrage ein Instrument etabliert, das ein pluralistisches Demokratieverständnis beinhaltet⁸⁶. Bis anhin begriffen nur einige wenige Liberale wie z.B. Giacometti die Demokratie als System der politischen Rechte der Citoyens. Mit der Volksumfrage wurde diese Position erstmals in die Praxis umgesetzt. Die Auseinandersetzungen um die beiden Umfragen machten deutlich, dass zahlreiche Politiker und Kommentatoren diese Implikation verstanden hatten, fürchteten und sich dagegen zur Wehr setzten.

86 Noch war damit allerdings die Debatte um die Zulässigkeit demoskopischer Untersuchungen und die damit verbundene Akzeptanz des Pluralismus nicht abgeschlossen. Anlässlich der EXPO 1964 erlangte sie einen neuen Höhepunkt. Ein Projekt, in dem die EXPO-Besucherinnen und Besucher zu verschiedenen brisanten politischen Themen befragt werden sollten, geriet unter heftigen Beschuss und musste schliesslich auf Druck des Bundes redimensioniert werden. Während die Behörden dem Projekt mangelnde Wissenschaftlichkeit unterstellten, witterten verschiedene Kommentatoren Bundeszensur. Vgl. *NZZ* vom 12. 7. 1964; 14. 7. 1964; 11. 8. 1964; 19. 8. 1964; 25. 8. 1964 2. 9. 1964. Die Ergebnisse wurden publiziert in: Boltanski, Luc: *Le bonheur suisse*, Paris 1966.